

# „Sich öffentlich bekennen“

## Erste Generalversammlung von AHA

„Wir respektieren jeden Menschen, gläubig oder nicht-gläubig“, so Laurent Schley, Präsident von AHA, vor rund 80 Mitgliedern bei der ersten ordentlichen Generalversammlung der „Allianz von Humanisten, Atheisten an Agnostiker“. Doch den Glauben und die Religion an sich müsse man kritisieren können, hob der Vorsitzende der religionskritischen Organisation hervor.

Eine Beanstandung von AHA gegenüber den Religionen, und hierzulande speziell gegenüber der katholischen Kirche, sei deren ständige Einmischung in die Politik. Die Organisation wies hierbei auf die Euthanasiedebatte oder die Abtreibungsfrage hin.

Man wolle den Religionen nicht das Recht auf Meinungsfreiheit

absprechen, versicherte Schley. Die katholische Kirche könne ihren Mitgliedern intern vorschreiben, die aktive Sterbehilfe nicht in Anspruch nehmen zu dürfen. Es sei aber nicht hinnehmbar, der ganzen Gesellschaft Überzeugungen aufzuzwingen. In den wichtigen gesellschaftlichen Fragen hätten dogmatische und irrationale Argumente keinen Platz. Die Kirche solle sich deshalb nicht ständig in Gesetzesprozeduren einmischen.

Genauso wenig tolerierbar empfindet Schley die Blockadeversuche bei der jüngsten Buskampagne von AHA durch kirchliche Vereine. Selten hätten in Luxemburg vier kleine Wörter für so viel Aufregung gesorgt, wie der Spruch „Net reliéis? Stéi do-

zou!“ Das Zielpublikum sei dabei gar nicht der religiöse Teil der Bevölkerung gewesen.

Ziel der AHA-Kampagne sei es, zu beweisen, dass nicht, wie oft angeführt, 90 Prozent der Bevölkerung Katholiken seien. Der nicht-gläubige Teil der Luxemburger solle sich öffentlich bekennen, um für die Politik sichtbar zu werden, so Schley, der eine Ausweitung der Kampagne in den nächsten Wochen ankündigte.

Weitere Ziele der Allianz, die heute etwa 500 Mitglieder zählt, darunter neun Abgeordnete, sind u. a. den nicht-gläubigen Menschen religionsfreie Feiern bei den wichtigen Etappen des Lebens zu ermöglichen, sowie die Einführung eines laizistischen Staates. (PiB)